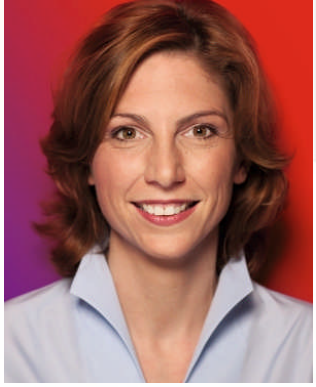

26 / 2014 www.SBL2013.de 04.07.14

Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
die letzte Sitzungswoche vor der Sommerpause neigt sich heute dem Ende zu… In dieser Woche wurden nochmals „Meilensteine“ aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt: Der Mindestlohn wurde beschlossen! Versprochen & gehalten! Lasst euch nicht kirre machen, dass alles aufgeweicht sei und der Mindestlohn, das Papier nicht wert sei auf dem er stünde. Fakt ist: Der Mindestlohn kommt 2015 und spätestens für alle Branchen zum 1.1.2017 – so wie wir es in den Koalitionsverhandlungen, auch unter Zustimmung des DGB, vereinbart haben. Er bedeutet für 4 Millionen Menschen eine Verbesserung und ein Stück mehr Würde.
Im Wahlkreis laufen noch die Konstituierungen der Räte und die Arbeit beginnt. Ja und in Brasilien gibt’s auch noch keine Pause… dort freuen wir uns alle über den Erfolg der Deutschen Mannschaft und drücken Jogis Jungs für das heutige Viertelfinale feste die Daumen! Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Mehrgenerationenhäuser – Dauerhafte Lösung gesucht!

Diese Woche hat das Kabinett den Entwurf für den Bundeshaushalt 2015 beschlossen. Darin enthalten ist eine Weiterführung der Finanzierung der Mehrgenerationenhäuser. Das entsprechende Aktionsprogramm sollte ursprünglich zum Ende des Jahres 2014 auslaufen.
Nach intensiven Haushaltsverhandlungen können die erfolgreichen Projekte für das Miteinander der Generationen weiter geführt werden. Die Finanzierung für die Mehrgenerationenhäuser für das Jahr 2015 ist gesichert.
Damit haben die 449 Mehrgenerationenhäuser in Deutschland endlich Planungssicherheit. Sie können neue Aktivitäten für das kommende Jahr planen und müssen sich nicht mit möglichen Kündigungen von Mietverträgen beschäftigen.
Unsere Bundestagsfraktion hat sich bereits frühzeitig für eine Weiterführung des erfolgreichen Aktionsprogramms Mehrgenerationenhäuser eingesetzt. Denn unter Schwarz-Gelb wurden die Mittel für Mehrgenerationenhäuser gekürzt. Zudem läuft eine Co-Finanzierung aus dem Europäischen Sozialfonds aus.
In einer gemeinsamen Kraftanstrengung ist es gelungen, die Finanzierung der Mehrgenerationenhäuser im nun verabschiedeten Regierungsentwurf für den Haushalt 2015 sicherzustellen.
Unsere Bundestagsfraktion schätzt die Arbeit in den Mehrgenerationenhäusern. Sie sind ein wichtiger Beitrag für das Miteinander der Generationen vor Ort. Durch die vielfältigen Veränderungen unserer immer älter und bunter werdenden Gesellschaft werden generationenübergreifende Orte immer bedeutender. Die Mehrgenerationenhäuser sind auch eine Antwort auf die Herausforderungen des demografischen Wandels.
16 Millionen Euro sind nun im Bundeshaushalt 2015 vorgesehen. Ziel muss es aber sein, die Mehrgenerationenhäuser beständig zu sichern.
Dazu ist es notwendig, gemeinsam mit den Ländern und den Kommunen eine Lösung zu finden.
Es reicht nicht aus, immer nur für ein Jahr die finanziellen Mittel bereitzustellen. Das muss dauerhaft gelingen.

Arbeit & Soziales

Mindestlohn – Ein Meilenstein am Arbeitsmarkt!

Der Bundestag hat nun das Tarifautonomiestärkungsgesetz – und damit auch den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde beschlossen. Er gilt für alle Branchen, in Ost und West gleich. Von dem Mindestlohn profitieren ab 2015 rund vier Millionen Menschen in unserem Land. Damit setzen wir einen historischen Meilenstein in der Arbeitsmarktpolitik.
Nach über zehnjähriger Kraftanstrengung kommt der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde für vier Millionen Beschäftigte ab 2015 in unserem Land. Das bedeutet auch für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in meinem Wahlkreis mehr Einkommensgerechtigkeit.
Niedriglöhne gehören endlich der Vergangenheit an. Der Mindestlohn wird für alle Branchen, in Ost und West gleich, gelten.
Für Zeitungszusteller wird es Übergangsregelungen geben, die de facto das Gleiche bedeuten. Denn auch für die Zeitungszusteller gilt: Spätestens ab 2017 bekommen sie 8,50 Euro. Wer Vollzeit arbeitet, soll von seiner Arbeit leben können – wir haben das versprochen und das setzen wir jetzt für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer um.
Alle Vereinbarungen des Koalitionsvertrages werden eingehalten und die Situation für vier Millionen Menschen wird verbessert.
Wir machen Schluss mit der „Generation Praktikum“. Wir fordern seit Jahren faire Regeln für Praktika. Deswegen bekommen auch Praktikantinnen und Praktikanten zukünftig den Mindestlohn – ausgenommen sind lediglich Praktika vor oder während des Studiums und der Ausbildung von bis zu drei Monaten.
Besonders erfreulich sind die Qualitätsverbesserungen für Praktika, die auf unsere Forderung hin durchgesetzt werden konnten. Dazu zähle zum Beispiel die Erfordernis eines schriftlichen Vertrags für Praktikanten, der auch den Lerninhalt des Praktikums klar beschreibt.
Die Höhe des Mindestlohns wird in regelmäßigen Abständen von einer Kommission der Tarifpartner überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Die Mindestlohnkommission soll sich bei ihrer Beschlussfassung nachlaufend an der tariflichen Entwicklung orientieren. Außerdem ist eine Evaluierung des Mindestlohns vorgesehen. Damit wird sichergestellt, dass der Mindestlohn die gewünschte Wirkung für die Beschäftigten in unserem Land erzielt. Mit dem Mindestlohn bekommt Arbeit ihre Würde zurück.

Finanzen

Steuerflucht – Wieder eine Lücke geschlossen!

Der Finanzausschuss hat nun das Kroatiengesetz abschließend beraten. Die Große Koalition geht im Rahmen dieses Gesetzes gegen internationale Steuerflucht vor. Sie greift eine Prüfbitte der Länder auf, durch welche die in jüngster Zeit bekannt gewordenen Strategien zur steuerfreien Verlagerung von großen Vermögen ins Ausland durchkreuzt werden sollen.

Diese Strategien haben eine Umgehung der sogenannten Entstrickungsbesteuerung zum Ziel. Diese sieht bei einem Wegzug des Steuerpflichtigen und der Verlagerung seines Vermögens ins Ausland die Aufdeckung und Nachversteuerung bisher unbelasteter Erträge in den Vermögenswerten vor.

Um das deutsche Besteuerungsrecht auszuhebeln, wird das Privatvermögen vor dem Wegzug in das Betriebsvermögen einer Personengesellschaft eingebracht.

Nach dem Wegzug wird die Rechtsform der Personengesellschaft mehrfach gesellschaftsrechtlich umgewandelt, um sie dem Anwendungsbereich der deutschen Besteuerungsregelungen zu entziehen. Diese Lücke wird nunmehr geschlossen.

Gesellschaftsrechtliche Umwandlungen von Unternehmen werden bei im Ausland ansässigen Anteilseignern nicht mehr ohne Aufdeckung und Besteuerung der noch unbelasteten Erträge zugelassen.

Die Große Koalition verhindert damit ansonsten drohende Steuerausfälle im Umfang von mehreren Hundert Millionen Euro.

Ernährung und Landwirtschaft

TTIP – Wir müssen das letzte Wort haben!

TTIP, das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA, kann Chancen für die deutsche Landwirtschaft bieten und den Handel mit Agrarprodukten auf globaler Ebene erleichtern. Das hat eine Expertenanhörung im Bundestag zu TTIP gezeigt.

Der Vertreter der EU-Kommission hat bestätigt, dass die nationalen Parlamente bei TTIP das letzte Wort haben werden. Wir werden dem Abkommen nur zustimmen, wenn es zu keiner Absenkung von in der Regel höheren EU-Standards im Umwelt- und Verbraucherschutz kommt. Das betrifft unter anderem die Zulassung von Chemikalien, Pflanzenschutzmitteln sowie Nahrungszusätzen.

Das Zustandekommen des TTIP-Abkommens hängt von der Zustimmung des Deutschen Bundestags und des Bundesrates ab, denn es handelt sich bei TTIP um ein sogenanntes „gemischtes Abkommen“. Das ist wichtig, denn bei einem so weit reichenden Abkommen muss der Deutsche Bundestag mitentscheiden.

Unsere Bundestagsfraktion lehnt gentechnisch veränderte Lebensmittel und hormonbehandeltes Rindfleisch auf dem deutschen Markt ab. In den USA ist der Anbau und Verzehr genmodifizierter Pflanzen erlaubt, in der EU hingegen nicht, dasselbe gilt für die Behandlung von Tieren mit Wachstumshormonen.

Das deutsche Sozialversicherungssystem mit seinen Leistungen darf nicht in einen Wettbewerb mit Leistungen amerikanischer Anbieter treten. Privatisierungen durch die Hintertür wird es mit uns nicht geben.

Für einen wichtigen Schritt halten wir den TTIP-Beirat, den Sigmar Gabriel eingerichtet hat, um die beteiligten Akteure wie die Umwelt- und Verbraucherschutzverbände in die Diskussion und die laufenden Verhandlungen einzubinden. Es wird kein TTIP geben, das nicht die Interessen der Europäer berücksichtigt.

Energie

EEG-Novelle – Wir haben den Regierungsentwurf verbessert!

Im Bundestag wurde in dritter Lesung der Änderungsantrag der Koalitionspartner zum Entwurf der Bundesregierung beschlossen. Damit wird die Energiewende vom Kopf endlich wieder auf die Füße gestellt: Nach vier Jahren Chaos in der Energiepolitik schaffen wir Kosteneffizienz, Planbarkeit und Investitionssicherheit hin zu 40 bis 45 Prozent im Jahr 2025 und auf 55 bis 60 Prozent Erneuerbare Energien im Jahr 2035.

Im Rahmen der parlamentarischen Beratungen ist es uns gelungen, im Interesse eines gesicherten Ausbaus der Erneuerbaren Energien an vielen Stellen Nachbesserungen am Regierungsentwurf vorzunehmen und wichtige Punkte, wie zum Beispiel die Bagatellgrenze beim Eigenstrom zu verteidigen.

Unsere Bundestagsfraktion begrüßt besonders die Verordnungsermächtigung zur Grünstromvermarktung, die es auch zukünftig Endkunden ermöglichen soll, zu 100 % Grünstrom zu beziehen. Darüber hinaus ist gerade mit Blick auf den notwendigen Netzausbau die Ausweitung der Teilerdverkabelungsoption im Bundesbedarfsplangesetz aus Gründen der Akzeptanzsteigerung sinnvoll, gerade wenn Netzausbauvorhaben im Umfeld von Siedlungsbereichen stattfinden.

Mit Verabschiedung der EEG-Novelle rücken in der zweiten Jahreshälfte nun endlich Themen in den energiepolitischen Vordergrund, die in den letzten Monaten von der Novelle überlagert wurden, so das Thema Energieeffizienz. Jetzt fand die konstituierende Sitzung des Parlamentskreises Energieeffizienz statt. In regelmäßigen Arbeitstreffen sollen zukünftig aktuelle Gesetzentwürfe und Vorhaben diskutiert, gemeinsame Positionen erarbeitet und in Zusammenarbeit mit anderen Arbeitsgruppen und -kreisen Initiativen für die Steigerung der Energieeffizienz in den Bundestag eingebracht werden. Der Parlamentskreis bringt Abgeordnete aller Fraktionen zusammen, die gemeinsam die Energieeffizienzpolitik in Deutschland beleben wollen.

Bonbon

„Wenn Dobrint dieses Kunststück fertigbringt, ohne dass Autobesitzer in Deutschland mehr belastet werden und ohne dass es zu einem Frontalcrash mit europäischem Recht kommt, dann verfügt das Bundeskabinett wahrhaftig über einen Maut-Magier mit Lizenz.”

(Stefan Heimlich, Vorsitzender ACE)

Termine

05.07.14	**11.00 Uhr**	**Ausstellung Kulturhaus Hamm**
06.07.14	*11.00 Uhr*	*Verein der Tibeter Deutschland Rheinauen Bonn*
	13.45 Uhr	**Festumzug Schützenfest AK**
07.07.14	*09.45 Uhr*	*Gymnasium Betzdorf/Kirchen*
	13.00 Uhr	*Bundesverband Unternehmensberater Puderbach*
09.07.14	*10.00 Uhr*	*Julius-Wegener-Schule Koblenz*
	16.30 Uhr	*Ev. Kirchenkreis Altenkirchen*
	19.00 Uhr	*Gespräch Integration/Inklusion VfL NR*
10.07.14	*10.00 Uhr*	*dm-Jury, Stadthalle Montabaur*
	18.00 Uhr	*Fraktion VG Hamm, Alte Vogtei*
11.07.14	*11.00 Uhr*	*25jähriges Jubiläum Neue Arbeit AK*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**